

NACHRICHTEN

FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT

Bürgerbegehren sind unzulässig

Hamburg-Nord und andere Bezirke erklären die Bürgerbegehren gegen Großunterkünfte auf Bezirksebene für unzulässig. Von heute an werden die Bescheide an die Bürgerinitiativen verschickt. Kernargument ist, dass die Bürgerbegehren mehreren höher-rangigen Senatsbeschlüssen zum Bau von Unterkünften entgegenstehen. Damit sind die gesammelten Unterschriften erst mal nichtig.

RAUBÜBERFÄLLE

25-Jähriger geschnappt

Ein 25 Jahre alter Mann ist nach drei Raubüberfällen auf Kioske vorläufig festgenommen worden. Der Mann soll zwischen dem 16. März und dem 7. April drei Kioske in Hamburg-Heimfeld und Hamburg-Neuenfelde überfallen haben. Er habe die Angestellten jeweils mit einer Schusswaffe und einmal mit einem Elektroschocker bedroht.

ANZEIGE

Grossmann & Berger

Immobilien-Kompetenz in Hamburg für Hamburg.

040 / 350 80 20
www.grossmann-berger.de

HAMBURGER SV

Sorgen um Spielmacher Hunt

Beim HSV gehen die Sorgen um Aaron Hunt weiter. Bereits im Heimspiel gegen den SV Darmstadt 98 (1:2) fehlte er wegen anhaltender Oberschenkelprobleme. Jetzt unterzog er sich einer eingehenden Untersuchung, deren Ergebnisse am Dienstag ausgewertet werden. HSV-Trainer Bruno Labbadia will den Offensivmann nur einsetzen, wenn er auch das volle Leistungsvermögen anbieten kann. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass der 29-Jährige auch im nächsten Punktspiel bei Borussia Dortmund fehlen wird.

DIE WELT kompakt

REDAKTIONSBURO HAMBURG
Axel-Springer-Platz 1, 20350 Hamburg
Tel: 040/34 72 43 33; Fax: 040/34 55 14
E-Mail: kompakt-hamburg@welt.de



AFP/LIAS AKENGIN

Das Neujahrsfest Nowruz wird in vielen Staaten mit großen Feiern und folkloristischen Auftritten zelebriert

Brücken für den Mittelstand

Ein Neubeginn: Norddeutsche Unternehmer treffen sich in Hamburg mit Vertretern zentralasiatischer Staaten – für die Erschließung wirtschaftlichen Neulands

Am 20. April werden außergewöhnliche orientalische Düfte durchs Hotel „Atlantic Kempinski“ ziehen: Auf dem Forum „Wirtschaftsbrücken für den Mittelstand“ treffen sich norddeutsche Unternehmer mit Entscheidungsträgern mehrerer Nowruz-Staaten. Diese Länder, Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, der Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan und Usbekistan, feiern das traditionelle Neujahrsfest Nowruz – zu Deutsch: Neubeginn.

VON JÜRGEN HOFFMANN

Einen Neubeginn soll es nach dem Willen des Veranstalters Kourosh Pourkian, Honorarkonsul der Republik Tadschikistans, auch bei den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Orient und Okzident geben. Das Wirtschaftsforum mit mehr als 200 Teilnehmern soll der Startschuss sein: „Wir wollen neue Brücken bauen, über die deutsche Mittelständler leichter in die Nowruz-Länder kommen und umgekehrt deren Unternehmen leichter nach Deutschland.“

Der Markt erscheint riesig: 400 Millionen Menschen leben in der Nowruz-Region, alleine 80 Millionen davon im Iran. Dem Land, in dem ein Drittel der gut ausgebildeten Bevölkerung zwischen 25 und 40 Jahre jung ist, kommt aufgrund seiner geografischen Lage zwischen Arabien und Zentralasien

eine Schlüsselrolle zu: Es könne das „Tor zu den Nowruz-Ländern“ werden. Mit der Aufhebung vieler Handelsanktionen der USA, UN und EU Mitte Januar öffnet sich für deutsche Unternehmen ein Teil der Welt wieder, der für sie jahrzehntelang wirtschaftliches Niemandsland war.

Der iranische Botschafter Ali Majedi verweist darauf, dass bereits vor mehr als 150 Jahren iranische Gesandte einen Freundschafts- und Handelsvertrag mit Hamburg abschlossen: „Heute ist die Hansestadt neben London für den Iran das wichtigste Handelszentrum in Europa.“ Schon im Dezember traf sich der Diplomat mit Olaf Scholz, Wirtschaftsminister Frank Horch, Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit und Mittelständlern, um den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu forcieren. Bernd Holst, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD, erwartet eine Belebung der Geschäfte mit den Nowruz-Ländern, „weil sich nach dem Wegfall der meisten Sanktionen gegen den Iran die Bankensysteme in den Staaten dieser Region normalisieren“. Gunther Bonz, Generalbevollmächtigter der Eurogate-Holding, bremst zwar überzogene Erwartungen – „Nach dem Wirtschaftsforum werden nicht sofort 30 Container mehr nach Hamburg kommen“, hofft aber, dass die Veranstaltung hilft, „gegenseitiges Verständnis zu fördern“.

Das Wirtschaftsforum sei „insbesondere im Hinblick auf

die Berührungspunkte zum Iran von Interesse“, so eine Sprecherin. Viele Vertreter der hamburgischen Unternehmerschaft hätten großes Interesse an einer Wiederbelebung „der traditionell herausragenden Handelsbeziehungen“. Senator Frank Horch will noch in diesem Jahr mit einer Delegation in den Iran reisen.

Die Zahl norddeutscher Unternehmen, die in Nowruz-Ländern bereits Geschäfte ma-

tiv entwickeln werden. Er berät türkische Firmen, die in Hamburg Fuß fassen wollen: „Die meisten sind innovativ und flexibel und weniger durch bürokratische Fesseln gebunden als deutsche Betriebe.“ Ähnliches berichtet Architekt Mustafa Doruk in seinem Büro am Jungfernstieg: Türkische, aserbaidchanische und iranische Investoren, die Geld in Immobilien in Deutschland stecken, seien über die strengen Regu-

ANZEIGE

DER NEUE BMW 7er.
AB JETZT LIVE IN IHRER BMW NIEDERLASSUNG HAMBURG.

chen, ist größer als man denkt – allein in Hamburg sind es laut Handelskammer fast 820. Mehr als 150 von ihnen haben Vertreter vor Ort, 44 eine Niederlassung und 17 eine Produktionsstätte. Die Branchenpalette ist breit: Ein Hamburger Unternehmen baut seit Jahren Autobahnen in der Region, ein schleswig-holsteinischer Landwirtschaftsbetrieb liefert Samen norddeutscher Rinder, die Lübecker Maschinenbaufirma Baader exportiert Geflügel- und Fleischverarbeitungsanlagen in den Iran und die Türkei, die Hamburger Importfirma Elite Naturel führt Getränke und getrocknete Früchte aus der Türkei und Georgien ein. Chef Büilent Guven ist sicher, dass sich seine Geschäfte posi-

lierungen hier zu Lande oft erstaunt: „Gleichzeitig loben sie unsere Qualität made in Germany.“ Das erleichtere deutschen Firmen den Export und den Aufbau einer Niederlassung in diesen Ländern.

Laut Statistischem Bundesamt sind die Türkei, Pakistan und der Iran derzeit die Schwergewichte in der Handelsbilanz zwischen Hamburg und Nowruz-Ländern. Nur wenige Hundert Tonnen Ein- und Ausfuhr stehen in den Büchern für Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan. Das könnte sich schon bald ändern, glaubt Honorarkonsul Pourkian: „Die Region steht vor einem wirtschaftlichen Sprung nach vorn. Hamburg als Drehscheibe des Handels könnte davon besonders profitieren.“

Klagen gegen Elbtunnel
Richter verhandeln über weitere
A20-Querung Hamburg, Seite 16

Zum Fressen gern
Kann es Liebe zwischen einer Frau und einem Wolf geben?
Nicolette Krebitz über ihren Film „Wild“ Kultur, Seiten 8/9



DIE WELT | kompakt

DIENSTAG, 12. APRIL 2016 | H | 70 | 1 EURO

NACHRICHTEN

POLITIK

Visumfreiheit für
US-Bürger auf der Kippe

Die EU verlangt kein Visum und erwartet im Gegenzug Gleichbehandlung. Doch die USA machen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern. **Seite 6**

SPORT

Bernabéu macht
Wölfen keine Angst

Den VfL Wolfsburg erwarten im Viertelfinal-Rückspiel der Champions League ein wütendes Real Madrid und eine aufgeheizte Stimmung. **Seiten 12/13**

WIRTSCHAFT

Tausende Stahlkocher
gehen auf die Straße

Aktionstag: Die Beschäftigten der kriselnden Industrie protestieren gegen Billigimporte aus China und die Klimaschutzauflagen der Europäischen Union. **Seite 19**

IM INTERNET

Tweets des Tages

BRRegierung prüft türk. Verbalnote zu #Böhmermann. Art. 5 GG für Kanzlerin #Merkel höchstes Gut.

REGSPRECHER

Jetzt auch #Hallervorden zu #Erdogan: "Ich sing einfach was Du bist/ ein Terrorist/der auf freien Geist/nur scheidet"

MISCHAHEUER

 **Treffpunkt für Fans**
facebook.com/weltkompakt

 **Twittern, was uns bewegt**
twitter.com/weltkompakt

 **E-Mail an die Redaktion**
kompakt@welt.de

 **Abo & mehr**
www.welt-kompakt.de/abo

 **News rund um die Uhr**
www.welt.de

Digitale Angebote
Tel. 0800 / 95 15 00 0
digital@welt.de

Kundenservice: 0800 / 53 73 78 3



Voll verboten

Justizminister Heiko Maas (SPD) stößt mit seinem Vorstoß gegen sexistische Werbung auf Kritik. FDP-Chef Christian Lindner wirft ihm „Spießigkeit“ vor. Künftig könnten Plakate oder Anzeigen unzulässig sein, die Frauen oder Männer auf Sexualobjekte reduzieren

Seite 4

Werbung für einen bulgarischen Wodka-Hersteller in Sofia



„Freiheit der Kunst nicht verhandelbar“

Fall Böhmermann belastet Regierung

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich mit Blick auf den Fall Jan Böhmermann zur Freiheit von Kunst und Presse bekannt. „Artikel fünf unseres Grundgesetzes – die Freiheit der Meinung, der Kunst und der Wissenschaft – ist für die Bundeskanzlerin selbstverständlich höchstes Gut und weder nach innen noch nach außen verhandelbar“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Dies gelte „unabhängig davon, ob sie persönlich etwas für geschmackvoll oder geschmacklos, für gelungen oder für abstoßend hält“.

Seibert bestätigte, dass die Türkei eine sogenannte Verbalnote im Auswärtigen Amt eingereicht hat – mit der Aufforderung, gegen den ZDF-Moderator ein Strafverfahren einzuleiten. Mitarbeiter des Ministeriums sowie des Kanzleramts und des Justizministeriums prüften nun die Anfrage. Dies werde „ein paar Tage“ dauern, aber nicht Wochen, sagte Seibert. Die Antwort aus Ankara blieb nicht aus. Ein Sprecher des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan erklärte, Böhmermanns Gedicht habe nichts mit Meinungsfreiheit zu tun, sondern stelle den Straftatbestand der Beleidigung dar. Nun seien die deutschen Behörden am Zug: „Wir werden das aufmerksam verfolgen.“

Naturngemäß anders fiel die Reaktion in Deutschland aus. Regierung und Opposition forderten die Bundesregierung zu einer klaren Haltung auf. „Ich erwarte, dass die Bundesregierung einen rechtskonformen Weg findet, die Bitte der türkischen Regierung um eine Strafverfolgung abzulehnen“, sagte Niels Annen, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, der „Welt“. Omid Nouripour, außenpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, sagte: „Die Bundesregierung sollte den Fall unkommentiert der deutschen Justiz überlassen und damit Erdogan mit einem weiteren Prinzip demokratischer Staaten vertraut machen – der Gewaltenteilung.“ **Seiten 2/3**